

## **Verkehr / Bürgerbeteiligung**

### **Rat ö 13.12.2011**

#### **Bürgerbefragung zur Entlastungsstraße West/Westumgehung (TOP 4.5) (SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

##### **Beratungsverlauf:**

Herr Meier begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er verweist auf bestehende Zusammenhänge zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt, da die beauftragte Satzung erforderlich sei, um die Bürgerbefragung zur Entlastungsstraße/Westumgehung durchführen zu können. Er verweist auf die bekannten unterschiedlichen Sichtweisen in der Frage zwischen den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Er macht deutlich, dass für den Ausgang der Bürgerbefragung die Formulierung der Fragestellung von großer Bedeutung sei und dass auch die Frage der Kosten und der Finanzierungsmöglichkeiten für die Durchführung der Maßnahme entscheidend seien. Er verweist auf die Formulierung des Beschlusses, wonach für die Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten die erforderlichen Vorplanungen wie Trassenverlauf und Berechnungen der Lärmschutzmaßnahmen vor der Bürgerbefragung durchzuführen seien.

Herr Henning bestätigt namens der SPD-Fraktion ebenfalls, dass in der angesprochenen Frage ein Dissens zwischen den beiden Fraktionen der Zählergemeinschaft bestehe und legt dar, dass es legitim sei, in diesem Fall die Entscheidung in die Hände des Bürgers zu legen. Er hebt ebenfalls hervor, dass es für die Durchführung einer qualifizierten Bürgerbefragung von entscheidender Bedeutung sei, dass die erforderlichen Vorplanungen stattgefunden haben und zum Beispiel die Fragen der Lärmentwicklung und der künftigen LKW-Verkehre zuvor abgeklöpft seien. Er legt dar, dass es sich bei der genannten Befragung lediglich um einen Teil einer umfassenden Beteiligungsstrategie der Zählergemeinschaft handele und verweist hierzu beispielhaft um den angestrebten Bürgerhaushalt, wie auch die enge Begleitung des Konversionsprozesses. Er weist darauf hin, dass die Kostenermittlung in einem angemessenen Verhältnis stehen müsse und die Höhe der Kosten hierfür an die Bürger zu vermitteln sein müssen.

Herr Dr. E.h. Brickwedde spricht sich namens der CDU-Fraktion für die Annahme des Beschlussvorschlages aus. Er macht deutlich, dass der derzeitige Arbeitsauftrag einen erheblichen Interpretationsspielraum an die Verwaltung gebe und dass es von wesentlicher Bedeutung sein werde, dem Bürger klar zu machen, worüber er abstimme. Er sieht großen Klärungsbedarf in Fragen der Lenkung des LKW-Verkehrs, der Fahrradwege, des Landschaftsschutzes, der Autobahnanbindung und anderem. Er erinnert daran, dass die Verwaltung für den Doppelhaushalt 2011/2012 eine Summe zur Klärung der angesprochenen Fragen einstellen wollte, wohingegen sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachträglich für die Streichung dieses Ansatzes ausgesprochen habe und nunmehr verantwortlich dafür sei, dass die aufgeworfenen Fragen bisher nicht beantwortet werden können. Er sieht einen Dissens in den von Herrn Meier aufgeworfenen, zu klärenden Fragen und seiner Aussage, dass hierfür keine maßgeblichen Kosten entstehen dürfen. Hierfür bezeichnet er 200.000,00 € als minimal erforderlich – mit hoher Wahrscheinlichkeit werde jedoch eine Summe bis 0,5 Millionen Euro erforderlich sein. Im Hinblick auf die Interpretationen des Begriffes Vorplanung fordert er klarere Aussagen der Antragsteller.

Herr Hagedorn macht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen demgegenüber deutlich, dass die seinerzeit gestrichene Summe im Haushalt nach dem Willen der Mehrheit von SPD-Fraktion und CDU-Fraktion für den Ausbau der Entlastungsstraße West eingesetzt worden wären. Demgegenüber werden die jetzt für erforderlich gehaltenen Kosten dafür eingesetzt, eine fundierte Entscheidungsgrundlage zur erarbeiten. Er legt dar, dass der Vorteil der beabsichtigten Bürgerbefragung für die gesamte Stadt darin liege, dass wichtige Fragen für die weitere verkehrliche Erschließung und Fragen der Stadtentwicklung geklärt werden können.

##### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Frage von Planung und Bau der Entlastungsstraße West/Westumgehung eine Bürgerbefragung am Tag der Landtags- oder Bundestagswahl in 2013 vorzubereiten. Welche der beiden Alternativen gewählt wird, wird zu gegebener Zeit

vom Rat entschieden, da diese Entscheidung u. a. davon abhängt, wann die notwendigen Voruntersuchungen entscheidungsreif vorliegen.

Gegenstand der Befragung soll die Zustimmung oder Ablehnung der Bereitstellung von Mitteln für die Entlastungsstraße West/Westumgehung sein.

Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten für die Entlastungsstraße West/Westumgehung sind entsprechend zu prüfen und darzustellen. Die zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten erforderlichen Vorplanungen wie Trassenverlauf und Berechnungen der Lärmschutzmaßnahmen werden vor der Bürgerbefragung durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.